

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Heidmaria Wieczorek-Zeul  
MdB zum Treffen der Nuklearen  
Planungsgruppe der NATO in  
Gleneagles: Der Groschen fällt  
nur pfennigweise.

Seite 1

Wolfgang Drexler MdL zur Not-  
wendigkeit, die Ozonschicht zu  
retten: Die Katastrophe rückt  
näher.

Seite 2

Dr. Eike Leonhard MdB zur  
Asylrechtsdiskussion in der  
SPD: Eine Art schizophrener  
Kommunikation.

Seite 3

Albrecht Schläger MdL zur Not-  
wendigkeit ökologischer Maß-  
nahmen in den Grenzregionen  
zur CSFR: Menschen und Wäl-  
der brauchen Hilfe.

Seite 5

47. Jahrgang / 206

26. Oktober 1992

### Der Groschen fällt nur pfennigweise

Zum Treffen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in  
Gleneagles

Von Heidmaria Wieczorek-Zeul MdB  
Mitglied des SPD-Parteipräsidiums

Der Groschen fällt, aber leider nur pfennigweise. Dies ist der Ein-  
druck, den die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO  
in Gleneagles hinterläßt.

Sehr richtig erkennen die Verteidigungsminister der NATO, daß die  
Risiken für die europäische Sicherheit heute aus wirtschaftlichen,  
sozialen und politischen Problemen, ethnischen Rivalitäten und  
Gebietsstreitigkeiten in weiten Teilen unseres Kontinents erwach-  
sen.

Es ist daher zu begrüßen, daß die NATO die Unterstützung frie-  
denserhaltender Maßnahmen auch zu ihrem Thema macht und  
dieses Kapitel beim nächsten Treffen mit den östlichen Kooperati-  
onspartnern erörtern will.

Umso bedauerlicher ist es, daß in Deutschland die verfassungs-  
rechtlichen Grundlagen für eine Beteiligung an friedenserhalten-  
den Maßnahmen unter dem Kommando der Vereinten Nationen,  
also von Blauhelm-Einsätzen, immer noch nicht geschaffen sind.  
Dies liegt nicht an der SPD, die bereits im Juni einen  
Gesetzesentwurf für die notwendige Grundgesetzänderung  
eingebracht hat.

Ich warne in diesem Zusammenhang auch vor Versuchen, im  
Rahmen der NATO durch Mißbrauch des Begriffs der friedenser-  
haltenden Maßnahmen das Verbot des Einsatzes der Streitkräfte  
für andere als die in der Verfassung genannten Aufträge zu umge-  
hen. Die SPD setzt sich für die Beteiligung am Einsatz von Blau-  
helmen, nicht von "Grauhelmen" ein. Den Einsatz des NATO-Mari-  
nekommandos zur Überwachung des Embargos gegen Serbien  
betrachten wir nach wie vor als "Grauhelm"-Einsatz.

Völlig abwegig ist das Festhalten der NATO am atomaren Erstein-  
satz. Wenn die NATO, so steht es im Kommuniqué von  
Gleneagles, im Bereich der nuklearen Abschreckung die  
"Weisungen verfeinert" und die "entscheidende Rolle wirksamer,  
auch in Europa stationierter Nuklearwaffen für das Bündnis"  
bestätigt, klingt dies wie ein verspätetes Signal aus dem kalten  
Krieg. Das gleiche gilt für die Fortführung unterirdischer Atomtests.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
on recycled paper  
Recycling-Paper



Durch die Attacken auf seinen britischen Kollegen wollte der deutsche Verteidigungsminister offenbar den Tatbestand verdecken, daß nach Abzug der boden- und seegestützten Waffensysteme noch 700 Atombomben in Europa bleiben, vor allem auf deutschem Boden. Was Rüge da akzeptiert hat, widerspricht deutschen Interessen.

(-/26. Oktober 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Die Katastrophe rückt näher**  
**Zur Notwendigkeit, die Ozonschicht zu retten**

**Von Wolfgang Drexler MdL**  
**Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg**

Das Ozonloch über der Antarktis hat sich bis Südchile ausgeweitet. Die UV-Strahlenbelastung der Stadt Punta Arenas hat im Oktober die ohnehin schon hohen Augustwerte nochmals um 200 Prozent übertroffen. Den Menschen dort wurde jetzt empfohlen, sich nur kurze Zeit und nur noch mit Kopfbedeckung in der Sonne aufzuhalten, in den Mittagsstunden sollen sie ganz in den Häusern bleiben.

Die Katastrophe rückt immer näher. Das Ozonloch ist vom Menschen gemacht. Die chemischen Verbindungen, die den Abbau der lebensnotwendigen Ozonschicht bewirken, sind bekannt. Hauptschuldiger ist das Treibgas FCKW. Nur das Ozon in circa 15 km Höhe filtert aber die krebserregenden UV-Strahlen aus dem Sonnenlicht. Einschneidende Veränderungen unserer Produktion und Lebensweise sind überfällig. Dies betrifft insbesondere die Chemiepolitik. Zwar haben 80 Länder beschlossen, die FCKW-Verwendung auslaufen zu lassen. Die Umsetzung dauert aber viel zu lange. Das FCKW wird auch bei völligem Verbot noch für mindestens 50 Jahre seine Zerstörungsarbeit fortsetzen.

Darüber hinaus müssen die Industrienationen ihre Technik und Ersatzstoffe für FCKW den Entwicklungsändern bekannt geben, damit dort nicht neue FCKW-Fabriken entstehen. Indien steigert zur Zeit durch den Bau neuer Fabriken die Produktion des Ozonkillers FCKW auf 60.000 Tonnen pro Jahr. Eine verheerende Entwicklung angesichts der dramatischen Lage.

Aber auch über der Nordhalbkugel findet ein immer schnellerer Abbau der Ozonschicht statt. Dies haben die Messdaten der NASA ergeben. Das gegenseitige Verhältnis zwischen Abbau der Ozonschicht und Klimaveränderungen ist gesichertes Erkenntnis, wenn wir nicht gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, um die Ozonschicht zu retten, ist menschliches Leben auf der Erde bald nicht mehr möglich.

Das Ozonloch - das jetzt schon auf menschliches Leben wie in Südchile Einfluß hat - ist ohnehin nur ein Vorbote für gewaltige Veränderungen bei den Lebensbedingungen auch in unseren europäischen Breitengraden. Um eine drohende Klimaveränderung (Warmzeit) wenigstens zu verlangsamen, muß der Energieverbrauch drastisch verringert werden. So bedeutet beispielsweise die Umsetzung der Forderung nach einer 20prozentigen globalen Reduzierung des Energieeinsatzes für die Bundesrepublik, den Energieeinsatz in den nächsten 15 Jahren konkret um 35 bis 38 Prozent zu verringern.

Wir brauchen deshalb schnellstens die Energieagentur. Auf Bundesebene muß eine aufkommensneutrale Energiesteuer auf nicht erneuerbare Energien kommen, die schnell zu einer Verminderung der Kohlendioxidemissionen führen wird. Die Kraft-Wärme-Koppelung muß

ausgebaut werden. Die aktive und passive Nutzung der Sonnenenergie im Büro- und Wohnungsbau sollte weiter angeregt werden.

Im Wärmemarkt könnten mit den schon heute verfügbaren Techniken in 15 Jahren 50 Prozent eingespart werden, wenn die Energieversorgungsunternehmen und der Staat sinnvoll zusammenarbeiten. Ich verweise auf Schweden, das in den vergangenen zehn Jahren schon eine Reduzierung um 37 Prozent geschafft hat.

Die dramatische Ausweitung des Ozonlochs und die Veränderung des Klimasystems ist nicht allein ein Umweltproblem im engeren Sinne. Es geht vielmehr um die Frage, ob heutige Gesellschaften überhaupt noch zukunftsfähig sind oder in die ökologische Selbstzerstörung führen.

(-/26. Oktober 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Eine Art schizophrener Kommunikation Zur Asylrechtsdiskussion in der SPD

Von Dr. Elke Leonhard MdB

Wer die Fakten der Asylrechtsproblematik kennt, muß zutiefst erschüttert sein über den geringen Grad der Aufklärung innerhalb der Bevölkerung. Selbst sonst seriöse Pressorgane verfangen sich in einer verantwortungslosen Vermischung von Ratio und Emotion.

Verheerend wirkt sich in dieser Situation die absolut unzulässige Verquickung klarer inhaltlicher Analyse der Asylproblematik mit Personalfragen in der Sozialdemokratie aus: Die Grenzen zwischen personeller und inhaltlicher Ebene werden derart verwischt, daß letztlich ein Konglomerat aneinander vorbeigehender Argumentationen entsteht, die zunehmend Züge einer schizophrenen Kommunikation annehmen.

Jede sachliche Analyse der Asylrechtsfrage muß zu dem Ergebnis kommen, daß es sich dabei ausschließlich um ein rechtliches Problem handelt. Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 schreibt mit wenigen Worten das Grundrecht auf Asyl fest: *„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“* Da aus dieser Vorschrift keinesfalls abzuleiten ist, daß die Bundesrepublik jährlich 500.000 Zuwanderer aufnehmen muß, wurde im vergangenen Jahr ein Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens beschlossen, das das bisherige Asylverfahrensgesetz ab 1. Juli 1992 schrittweise ablösen und am 31. März 1993 in vollem Umfang in Kraft treten soll\*. Ziel der Gesetzesnovelle: Eine Beschleunigung der Asylverfahren, die ermöglicht, nicht politisch Verfolgte schneller als bisher den weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu verwehren.

Eine Änderung von Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes widerspricht dem bindenden Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel: Bevor neue Instrumente zur Eindämmung des Zuzugs in die Bundesrepublik beschlossen werden können, müssen zunächst die bereits vorhandenen angewendet werden - um nicht mehr und nicht weniger geht es. Dazu gehört die Einrichtung neuer Aufnahmelager für Asylbewerber ebenso wie die Besetzung von 2.000 zusätzlichen Stellen zur Beschleunigung der Entscheidung über Asylanträge: 2.000 Richter könnten innerhalb eines Jahres 1,4 Millionen Beschlüsse in Asylverfahren fassen\*\*; dies entspricht einem Mehrfachen der noch immer unbearbeiteten 340.000 Altanträge auf Gewährung politischen Asyls.

Aber: Nichts wurde bisher getan. Dies ist der Bundesregierung anzulasten, die - statt die beschlossenen Maßnahmen endlich in die Praxis umzusetzen - bereits den nächsten Schritt plant: Die Änderung bzw. Abschaffung von Artikel 16 Absatz 2 Satz 2.

Wenn die Bundesregierung die Verantwortung für die gegenwärtigen Mißstände trägt, dann ist völlig unverständlich, warum die Sozialdemokratische Partei auf deren Linie umschwenkt, anstatt die Verantwortlichen mit scharfen Worten anzuklagen.

Und noch einmal: Es geht bei der Novellierung des Asylrechts um die zentrale Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel, letztlich auch - wie bei jeder politischen Auseinandersetzung - um Macht. Ja, es geht um Macht! Aber nicht um Macht innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, sondern um Macht im Staat, Macht zur Aufklärung der Bevölkerung. Wer diese Ebenen vermischt, handelt verantwortungslos.

Und; es geht nicht um eine Demontage des amtierenden Vorsitzenden - im Gegenteil. Man muß ihn ja nicht lieben, aber es wäre schon seiner kapitalen Popularitätswerte wegen unsinnig, sein Image anzukratzen. Engholm hat inhaltlich Fehler gemacht. Na und? Versagt hat er nicht. Versagt haben die in unserer Partei und Fraktion für diese Frage Verantwortlichen: Sie unterschätzten die Fakten, kontrollierten die Regierung nur unzureichend und vermochten es nicht, rechtzeitig eine eigenständige sozialdemokratische Alternative zu entwerfen.

Die Machtstrategie der CDU ist offenkundig. Sie versucht, ihren Willen gegen jeden Widerstand durchzusetzen. Das Fatale: Die Sozialdemokratie geht ihr auf den Leim, obwohl sie im Machtspiel alle Trümpfe in der Hand hält und die Union für die Versäumnisse bei der rechtzeitigen Lösung der Asylrechtsproblematik verantwortlich machen müßte: Die CDU hat das Parlament mißbraucht, das Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens bis heute nicht zur Anwendung gebracht, keine zusätzliche Stelle geschaffen, kein neues Aufnahmelager für Asylbewerber eingerichtet. Und schon heute ist klar, daß auch eine Änderung des Grundrechts auf Asyl keine Entspannung der Lage bringen wird. Wir werden 1993 weiterhin vor großen Problemen stehen, und jeder, der den CDU-Wahlkampfstil kennt, wird sich die Hähne vorstellen können, mit der die Union im beginnenden Wahlkampf die Sozialdemokratie für Versäumtes verantwortlich machen wird. Dies ist eine Binsenweisheit des Machtspiels, die schon Platon im Gorgias-Dialog beschrieb: *'Daß der Staat durch die Schuld solcher Staatsmänner aufgedunsen und innerlich vereitert ist, merkt man nicht. Wenn der Ausbruch der Krankheit erfolgt, werden sie die gegenwärtigen Ratgeber beschuldigen, nicht aber jene, die eigentlich Urheber des Unglücks sind.'*

Statt politisch auf Vollzug des Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens zu pochen, macht die Sozialdemokratie sich zum Steigbügelhalter der Union, stilisiert die Grundgesetzänderung zur innerparteilichen Machtfrage und läuft damit Gefahr, ihre realistische Chance auf Macht im Staat zu verspielen.

Die Stärke der deutschen Sozialdemokratie lag in der Vergangenheit darin, lösungsbedürftige Zustände problembewußt zu analysieren, Meinungsverschiedenheiten offen auszutragen, zur Aufklärung der Bevölkerung beizutragen, nicht zuletzt mutig für die Durchsetzung und den Erhalt von Grundrechten einzutreten. Ein solches Vorgehen wäre auch in der Asylrechtsdiskussion unverzichtbar, in einem Bereich, der allein die klare Nennung der Fakten und unbestechliches Rechtsbewußtsein verlangt. Weiteres Lavieren der SPD-Parteiführung in der Asylfrage und ihr Versuch, die Parteimitglieder auf blinde, unkritische Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung einzuschwören, wird letztlich nicht zu besseren Wahlergebnissen der SPD führen, sondern vielmehr zu einem Verlust ihrer Glaubwürdigkeit, zu einem Verlust sozialdemokratischer Identität. Erinnerung sei an die Worte Marc Aurels in seinen berühmten geblie

benen Selbstbetrachtungen (X 12) über Grundsatztreue und geradlinige Politik: *"Tritt dir auch ein Hindernis in den Weg, schreite nur besonnen vorwärts, den einmal empfundenen Antrieben folgend und dich treu haltend an das, was dir einmal als das Rechte erschienen ist. Denn dies zu verfolgen bleibt immer das beste. Ihm untreu zu werden heißt, von seiner eigenen Natur abzufallen."*

Niemand will einer unbegrenzten Zuwanderung in die Bundesrepublik das Wort reden - im Gegenteil. Die Verhältnisse sind unhaltbar, nicht selten unerträglich. Eine konsequente Anwendung des geltenden Rechts jedoch könnte die Probleme pragmatisch lösen und damit die zunehmende Eskalation von Gewalt und Extremismus ursächlich bekämpfen. Die Sozialdemokratie ist gefordert, diese Erkenntnis in konsequentes, berechenbares und vertrauenbildendes Handeln und in unzweideutige, klare Opposition umzusetzen. Dies, nicht blinde Anpassung an die abgewirtschaftete Koalition, könnte den Weg zu sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ebnen.

(\*\*\*)

- \* Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens BGBl. I (1992), S. 1126; Übergangsvorschriften BGBl. I (1992), S. 1733.
- \*\* Der Geschäftsanfall von Amtsrichtern liegt bei durchschnittlich 2 Fällen pro Kalendertag, entsprechend 700 Fällen jährlich.

(-/26. Oktober 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Menschen und Wälder brauchen Hilfe**

**Zur Notwendigkeit ökologischer Maßnahmen in den Grenzregionen zur CSFR**

**Von Albrecht Schläger Mdl.**

Die Menschen und die Wälder in den bayerischen Grenzregionen zur Tschechoslowakei brauchen jede nur erdenkliche Hilfe gegen die Luftschadstoffe aus den westböhmisches Kraftwerken. Erster Ansatzpunkt ist dabei, daß Mittel der Europäischen Gemeinschaft (EG) zur Entstickung und Entschwefelung der CSFR-Kraftwerke eingesetzt werden. Darum soll sich die bayerische Staatsregierung kümmern, fordert ein entsprechender Landtagsbeschluß auf einen SPD-Antrag hin, zu dessen Vollzug nun Umweltminister Gauweiler Stellung bezogen hat. Der Minister teilt die Einschätzung der Sozialdemokraten, hat aber bisher lediglich einen Brief an den Bundesumweltminister geschrieben.

Das ist zu wenig. Die Staatsregierung darf sich jetzt nicht bequem zurücklehnen und darauf hoffen, daß Herr Töpfer schon irgendwann einmal etwas unternehmen wird, sondern muß den Druck aus Bonn verstärken und sich auch selbst um die EG-Mittel - beispielsweise aus dem Phare-Programm - bemühen.

Daß Handlungsbedarf besteht, dürfte unumstritten sein. Die Wälder an der Grenze nach Böhmen sterben großflächig ab: 4.000 Hektar Wald sind allein im Fichtelgebirge schon abgestorben oder über dem Absterben. Der neue Waldschadensbericht, der am 27. Oktober vorgelegt werden soll, wird dies sicher bestätigen. Ebenso in Mitleidenschaft gezogen werden aber auch die Menschen: Die Zahl der Atemwegserkrankungen weist im östlichen Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz die höchsten Raten des Freistaates auf; sie liegen etwa viermal so hoch wie beispielsweise im bayerischen Land.

Den Menschen und den Wäldern muß geholfen werden. In Thüringen und in Sachsen ist bereits sehr viel zur Verminderung der Luftschadstoffe unternommen worden, in der Tschechoslowakei dagegen fast nichts. Einerseits ist die CSFR dringend auf die Energiegewinnung - auch aus der schmutzigen Braunkohle - angewiesen. Andererseits ist kaum etwas geschehen, sieht man vom "Tropfen auf dem heißen Stein" - das in Arzberg ausgebaute Trockenadditiv-Verfahren, das den Schwefelausstoß um 50 Prozent verringert, wurde in ein CSFR-Kraftwerk eingebaut - einmal ab. Wenig Hoffnung macht auch der neue Fünf-Jahres-Plan der Tschechei, der mangels Geld keine entscheidenden Verbesserungen vorsieht.

In der Einschätzung der Lage ist der bayerische Umweltminister der gleichen Meinung wie wir Sozialdemokraten. In seinem Vollzugsbericht zu einem vom Landtag beschlossenen SPD-Antrag stellt Minister Gauweiler beispielsweise fest: "... dürfte es unstrittig sein, daß eine umfassende Verbesserung der lufthygienischen Situation nur durch die zügigere Realisierung von Rauschgasentschwefelungsanlagen an allen nordwest- und nordböhmischen Kraftwerken möglich ist... Es muß bei realistischer Betrachtungsweise jedoch bezweifelt werden, daß der tschechischen Seite bei den dortigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine zügige Umsetzung möglich ist. Bei dieser Situation muß mehr als bisher internationale Hilfe geleistet werden, wobei unter anderem auch an eine Förderung durch die Europäische Gemeinschaft zu denken ist. Insbesondere könnte nach meiner Ansicht die EG durch die wirkungsvolle Unterstützung konkreter und dringend erforderlicher Maßnahmen zur Luftreinhaltung in Osteuropa dokumentieren, daß sie konsequente Luftreinhaltungspolitik ernst nimmt und daß diese sich nicht in einer bürokratischen und zentralistisch kontrollierten Umsetzung von Richtlinien erschöpfen darf."

Eine solche Möglichkeit wäre das Phare-Programm. In einem Schreiben von Ende 1990 hatte der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, angedeutet, daß speziell auf eine Reduzierung der Emission von Kraftwerken abstellen. Diese Fördermöglichkeit zu verfolgen, hatte auf SPD-Initiative der Bayerische Landtag die Staatsregierung im Juli 1992 per Beschluß aufgefordert. Das einzige Ergebnis ist bisher offensichtlich ein Brief Gauweilers an Bundesumweltminister Töpfer.

Wir Sozialdemokraten sind enttäuscht von der bayerischen Staatsregierung, die damit wirklich nur das absolute Minimum zur Erfüllung ihres Auftrags unternommen hat. Die Probleme sind so drängend, daß Herr Töpfer nicht in Ruhe gelassen werden darf und daß die Staatsregierung auch von sich aus bei der EG-Kommission vorstellig werden müßte. Für das Zuwarten und die Hände in den Schoß-Legen - Minister Gauweiler: "Ich werde in der Angelegenheit erneut berichten, sobald eine Antwort auf dieses Schreiben (an den Bundesumweltminister) vorliegt" - gibt es jedenfalls keinerlei Rechtfertigung mehr.

(-/26. Oktober 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*